

EDITORIAL

Die Landtagswahlen in den alten Bundesländern lassen eineinhalb Jahre vor der nächsten Bundestagswahl keinen Zweifel mehr: Die PDS, erst kürzlich mit der WASG zur Partei Die Linke fusioniert, ist im Westen angekommen. Wurde für die Nachfolgeorganisation der SED anfangs ein nur kurzes Leben im vereinigten Deutschland, höchstens eine längerfristige Existenz als ostdeutsche Regionalpartei vorausgesagt, macht sie knapp zwanzig Jahre nach dem Mauerfall große Fortschritte, ein gesamtdeutsches Fünf-Parteien-System zu etablieren und die Koalitionsarithmetik der Republik kräftig durcheinanderzubringen. Die beiden großen Parteien können sich weder hinsichtlich ihrer eigenen Wahlchancen noch hinsichtlich ihrer Verantwortung, 2009 eine handlungsfähige Regierung im Bund herzubringen, in Sicherheit wiegen.

Die Dimensionen des Wandels werden aus den Analysen der Landtagswahlen in Bremen und Niedersachsen deutlich. *Ralf Tils* und *Thomas Saretzki* unterstreichen die besondere personelle Situation und die geschickte Wahlstrategie der niedersächsischen CDU; beides hätte angesichts herber Verluste kaum gereicht, die Regierungskoalition mit den Freidemokraten fortzusetzen, wäre die CDU nicht von einem herausragenden Ergebnis nahe der absoluten Mehrheit gestartet und hätte nicht die FDP wieder ein gutes Resultat erzielt. Die Hoffnung der etablierten Parteien, dass es sich bei den 7,1 Prozent, die ihre Stimme der Linkspartei gaben, um kurzfristige Protestwähler handelt, zerstören *Manuela Kulick* und *Holger Onken*. Sie haben Hochburgen der Linkspartei in Nordniedersachsen untersucht: Jedenfalls hier verfügt die Linke schon über ein relativ großes, dauerhaft mobilisierbares Wählerpotenzial. Da soziale Gerechtigkeit noch lange als zentrales Thema auf der politischen Agenda – in Ost und West – rangieren wird, stehen die Zeichen eher günstig für die Linkspartei. Dies hatte sich schon in Bremen im Mai 2007 abgezeichnet, als die Linke zum ersten Mal in ein westdeutsches Landesparlament eingezogen war. SPD und CDU erreichten dort gemeinsam gerade noch 62 Prozent der Wählerschaft. Nur die klare Präferenz des neuen sozialdemokratischen Spitzenkandidaten für eine rot-grüne Koalition und das hervorragende Abschneiden des kleinen Wunschpartners ermöglichten es der SPD, die Große Koalition zu beenden und trotz weiterer Wählerverluste in der Regierungsverantwortung zu verbleiben. Wenn *Beate Hoeckers* Fazit, dass Große Koalitionen kleine Parteien stärken, sich auch im Bund, und nicht nur für die Linke, bewahrheitet, kommt es 2009 – wie in Niedersachsen – entscheidend auf die personellen Konstellationen und die Wahlstrategien der beiden Volksparteien an, ob auch 60 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik die Geschichte erfolgreicher Regierungsbildungen fortgeschrieben werden kann.

Hierauf werden auch die in Kürze in der ZParl zu lesenden Analysen der Landtagswahlen in Hamburg und Hessen weitere Schlaglichter werfen. Diese Wahlen dürften zudem besonderes Anschauungsmaterial liefern für die Diskussion, in welchem Ausmaß Landtagswahlen von Bundespolitik durchdrungen sind. In diesem Heft führen *Ivar Krumpal* und *Heiko Rauhut* weitere, methodisch neu abgesicherte Belege dafür an, dass eine eindeutige ebenenspezifische Zuordnung von Wählermotiven nur schwer möglich sein wird. Insgesamt sehen sie die Tendenz zu „gesamt systemarem“ Abstimmungsverhalten bestätigt.

Wie die Stimmen der Wähler in Parlamentssitze umgewandelt werden, kann auf verschiedene rechnerische Weisen erfolgen. Dabei können Überhangmandate und Pattsituationen

entstehen, und auch die Umsetzung der absoluten Stimmenmehrheit in die absolute Sitzmehrheit ist nicht immer gesichert. *Friedrich Pukelsheim* und *Sebastian Maier* weisen nach, dass diese Probleme am besten durch die Vergrößerung der Parlamente gelöst werden.

Weitaus schwieriger dürfte es sein, Rezepte gegen die Politikverdrossenheit der Bürger zu finden, die sich in den niedrigsten Wahlbeteiligungsralten in Bremen und Niedersachsen zeigte und auch erneut zu Mitgliederverlusten bei allen Parteien außer der Linken führte. Details zur Entwicklung der Mitgliedschaften präsentierte *Oskar Niedermayer* in Zeitreihe nun schon im achten Jahr. Dass politische Beteiligung nicht nur über institutionelle Vorkehrungen gesteuert werden kann, zeigen *Christina Eder* und *Raphael Magin*. Sie präsentieren einen Index, der die Offenheit direkter Volksrechte in den Bundesländern abbildet, und weisen die These zurück, dass geringe Offenheit der Verfahren zu geringer Nutzung führt. Viel komplexer sind die Faktoren, die auf die Anwendungshäufigkeit wirken.

Zwei Beiträge nehmen die Exekutiven in den Bundesländern in den Blick. *Franz Urban Pappi*, *Ralf Schmitt* und *Eric Linhart* arbeiten heraus, welche Parteien in welchen Koalitionen seit 1946 welche Politikfelder kontrollierten. Dabei fördern sie neben Erwartetem auch manches Überraschende zutage, insbesondere hinsichtlich der Erfolgsaussichten der Parteien, ihre bevorzugten Politikfelder in verschiedenen Koalitionen durch Ressortübernahmen zu realisieren. Die beamteten Staatssekretäre in den neuen Bundesländern untersuchen *Sabine Klose* und *Ursula Hoffmann-Lange*. Verglichen mit anderen Sektoren stellen sie in dieser Personengruppe einen außerordentlich hohen Elitentransfer von West nach Ost fest. Im aktuellen Vergleich der Amtsinhaber in beiden Landesteilen zeigen sich nur noch geringe Unterschiede bei Alter, Vorbildung, Berufserfahrungen und Parteimitgliedschaften.

Steffen Kailitz geht dem Zusammenhang zwischen der Regierungsform einerseits, der Existenz, Stärke, Funktion und Legitimation Zweiter Kammern andererseits nach, und zwar weltweit in allen Demokratien seit 1945. Nachdrücklich widerspricht er *Arend Lijphart*: Keineswegs ist eine starke Zweite Kammer immer ein Zeichen für Konsensdemokratie, und Präsidentialismus ist nicht gleichbedeutend mit Mehrheitsdemokratie.

Eine Stärkung des Bundestages fand mit dem Parlamentsbeteiligungsgesetz (PBG) statt, das die verfassungsrechtliche Pflicht der Bundesregierung konkretisiert, für den Einsatz bewaffneter Streitkräfte grundsätzlich die vorherige konstitutive Zustimmung des Parlaments einzuholen. *Dieter Wiefelbüttel* verneint entschieden, dass die fortschreitende militärische Integration und der Einsatz multinationaler Verbände eine „regierungsfreundliche“ Reform des PBG erzwingen. *Jan Ryjáček* kann diese Einschätzung empirisch untermauern: Der parlamentarische Entscheidungsprozess zum Bundeswehreinsatz im Kongo, den er detailliert untersucht hat, lässt keine Anpassungsnotwendigkeiten erkennen.

In der jüngsten Diskussion über die Anhebung der Abgeordnetendäten wurde erneut grundsätzliches Misstrauen gegenüber einer „Selbstbedienung“ der Parlamentarier laut. *Elisa Hoven* dokumentiert die Reform der Abgeordnetenversorgung vom Januar 2008 und macht konkrete Vorschläge für weitere Veränderungen, insbesondere zum Übergangsgeld sowie zur Amtsausstattung. Zudem empfiehlt sie dem Bundestag eine Indexierung der Diäten. Vielleicht gelingt es ja damit, das Ungleichgewicht zwischen zu schlechter Bezahlung und zu guter Versorgung der Abgeordneten ins Lot zu bringen. Diese Fragen verdienen keine populistische Stimmungsmache, sondern eine seriöse Auseinandersetzung mit dem Ziel, wieder öffentliche Wertschätzung für die Parlamente zu erlangen.

Suzanne S. Schüttemeyer